

BRIEFING

(Behandlungsvermerk: „unter zwei“)

Donnerstag, 6. Oktober 2016, 12.01 Uhr, BPK

Thema: Reise der Bundeskanzlerin nach Mali, Niger und Äthiopien

Sprecher: StS Seibert, MD Dr. Heusgen

STS SEIBERT: Guten Tag und herzlich willkommen! Wir wollen Sie heute über eine dreitägige Reise der Bundeskanzlerin nach Afrika informieren, und zwar in die Länder Mali, Niger und Äthiopien. Diese Reise können Sie durchaus in einem Zusammenhang mit zwei Besuchen von afrikanischen Staatspräsidenten sehen, die in der kommenden Woche hier zu erwarten sind, nämlich dem Besuch des tschadischen Präsidenten und des nigerianischen Präsidenten. Wie dieser Zusammenhang ist und wie sich das alles erklärt, sagt Ihnen jetzt Christoph Heusgen.

MD DR. HEUSGEN: Vielen Dank! - Die Reisesationen sind von Staatssekretär Seibert schon genannt worden. Der Hauptanlass der Reise ist die Übergabe bzw. Eröffnung des Julius-Nyerere-Gebäudes für Frieden und Sicherheit der Afrikanischen Union in Addis Abeba - ich komme später noch dazu. Dies findet am 11. Oktober statt; vorherige Stationen sind Mali am 9. Oktober und Niamey, die Hauptstadt von Niger, am 10. Oktober.

Was Mali und Niger betrifft, so sind dies zentrale Staaten im Rahmen der EU-Migrationspartnerschaften. Beim Besuch dort stehen die Schwerpunkte Flucht, Migration, Rückführung, Kampf gegen den Terrorismus sowie der Friedensprozess in Mali und die Stabilisierung in der Region als Hauptthemen an.

Zentrale Botschaften der Termine sind eng miteinander verknüpft: afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur stärken, den Kampf gegen den Terror unterstützen, wirtschaftliches Engagement in Afrika fördern, Fluchtursachen bekämpfen und illegale Migration eindämmen.

Die Kanzlerin wird von ihrem persönlichen G7-Afrika-Beauftragten Günter Nooke und der Vorstandssprecherin der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit - der GIZ -, Frau Gönner, begleitet.

Diese Afrikareise ist die achte Reise, die die Kanzlerin nach Afrika führt. Sie war im Laufe ihrer Amtszeiten unter anderem schon mehrfach in Ägypten, 2007 in Äthiopien, mehrfach in Südafrika, in Liberia, in Algerien, in Ghana, in Kenia, in Angola, in Nigeria und in Kap Verde.

Chronologisch zu den Programmen der Besuche: Am Sonntag, dem 9. Oktober, ist die Bundeskanzlerin in Bamako. Es ist der erste Besuch einer Bundeskanzlerin/eines Bundeskanzlers in Mali - der Bundespräsident war schon dort. Obwohl noch nie ein Bundeskanzler dort war, verbindet uns mit Mali eine lange und enge Partnerschaft. Deutschland war der erste Staat, der die Unabhängigkeit Malis 1960 anerkannt hat.

Die Kanzlerin wird vom malischen Staatspräsidenten, Herrn Ibrahim Boubacar Keïta - IBK wird er in Afrika immer genannt -, mit militärischen Ehren am Flughafen empfangen. Es sind ein bilaterales Gespräch mit ihm und anschließend eine Pressekonferenz vorgesehen. Im Mittelpunkt werden die innenpolitische Situation und die Umsetzung des Friedensvertrages von Algier stehen. Die Umsetzung dieses Friedensvertrages, der ja eine gewisse Aussöhnung zwischen Süden und Norden bewirken sollte, geht eher schleppend voran. Das Land ist nach wie vor fragil und es gibt immer wieder Übergriffe terroristischer Organisationen, vor allen Dingen im Norden.

Vor dem Hintergrund dieser fragilen Situation in Mali steht natürlich das deutsche zivile und militärische Engagement in Mali im Mittelpunkt der Gespräche. Deutschland unterstützt den Friedensprozess durch die Beteiligung an der VN-Mission MINUSMA mit derzeit über 550 Soldaten. Im Übrigen macht Deutschland mit bei der EU-Operation EUTM, und zwar mit etwa 130 Soldaten, sowie bei der EU-Mission EUCAP Sahel, einer Mission zur Kapazitätsbildung der Polizei, bei der wir allerdings nur mit vier Beratern vertreten sind. Darüber hinaus gibt es sehr viele zivile Stabilisierungsprojekte und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit.

Die Kanzlerin wird sich nach dem Gespräch mit dem Präsidenten am Flughafen auch mit deutschen Soldatinnen und Soldaten der gerade genannten MINUSMA-Operation zusammentreffen, um sich über die Einsatzbedingungen und die Lage in Mali auch aus der Sicht der Soldatinnen und Soldaten zu informieren.

Des Weiteren sind Gesprächstermine mit religiösen Führern sowie mit Vertretern deutscher Organisationen und Kontingente in Mali vorgesehen. Ein Abendessen auf Einladung des malischen Staatspräsidenten Keïta wird den Tag abschließen.

Am nächsten Morgen, am Montag, geht es dann nach Niamey. Dort wird die Bundeskanzlerin am Flughafen vom nigrischen Staatspräsidenten, Herrn Mahamadou Issoufou, mit militärischen Ehren empfangen. Bundeskanzler Kohl war 1995 auf einer Zwischenlandung kurz in Niger; insofern ist es nicht der erste Besuch eines deutschen Bundeskanzlers/einer deutschen Bundeskanzlerin, aber der erste offizielle Besuch. Es sind ein Gespräch und ein gemeinsames Mittagessen mit anschließender Pressekonferenz mit dem genannten Präsidenten geplant. Der Präsident und die Kanzlerin haben sich schon mehrfach getroffen, unter anderem auf dem EU-Afrika-Gipfel in Malta. Issoufou war im Juni auch auf Besuch in Berlin. Im Juni standen die Belastungen Nigers durch Flüchtlinge und Binnenvertriebene sowie die Auswirkungen der Transmigration im Mittelpunkt der Gespräche, und das wird auch diesmal wieder der Fall sein.

Seit diesen Gesprächen haben sich die Beziehungen mit Niger noch weiter verdichtet. Auch der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat Niger ja vor wenigen Wochen besucht. Es geht jetzt darum, eine EU-Migrationspartnerschaft mit Niger mit Leben zu füllen. Die Bundesregierung hat in Zusammenarbeit mit der EU, aber speziell auch mit Frankreich und Italien diese Migrationspartnerschaft auf den Weg gebracht, und die Ressorts haben auch erste konkrete Migrationsvorhaben in der Planung.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Niger sind gut. Deutschland ist - wie mit Mali - einer der ältesten Partner des Landes. Im Rahmen der entwicklungspolitischen

Zusammenarbeit sind seit 1962 über 800 Millionen Euro vergeben worden. Das hat aber nichts daran geändert, dass Niger eines der ärmsten Länder der Welt bleibt. Seit Jahren belegt Niger beim sogenannten Human Development Index den letzten Platz - den 188. Platz von 188 Ländern. Es hat eine Geburtenrate von 4 Prozent. Knapp 50 Prozent der Bevölkerung ist unter 15 Jahren. Es gibt also ein unglaubliches demografisches Problem, mit dem das Land konfrontiert ist.

Im Anschluss an den Gesprächstermin mit dem Präsidenten ist ein Besuch des Zentrums der internationalen Organisation für Migration, IOM, geplant. In diesen Zentren werden aus Libyen und Algerien zurückgekehrte Migranten von IOM betreut und auf freiwilliger Basis in die Herkunftsländer zurückgeführt.

Die Bundeskanzlerin will dann noch eine von Deutschland finanzierte Schule besichtigen; dort findet dann ein Austausch mit Schülerinnen und Schülern sowie mit Lehrpersonal statt.

Am Flughafen soll es dann noch ein Zusammentreffen mit deutschen Soldatinnen und Soldaten des MINUSMA-Kontingents geben. Es ist nämlich so, dass das BMVg mit Niger ein Stationierungsabkommen abgeschlossen hat, und der Flughafen von Niamey wird als Lufttransportstützpunkt für MINUSMA und den deutschen Unterstützungsteil genutzt. Etwa [40 Bundeswehrsoldaten, die Höchstgrenze beträgt] 200 Bundeswehrsoldaten, sind zurzeit in Niamey stationiert.

Von Niamey geht es dann nach Addis Abeba. Dort findet am Dienstag dann ein zweigeteilter Besuch statt: Es gibt zunächst bilaterale Gespräch mit dem äthiopischen Premierminister Hailemariam Desalegn. Äthiopien ist ein regionales Schwergewicht; es hat in vielen Fragen Verantwortung für Frieden und Stabilität in der Region übernommen und ist ein wichtiger Akteur in panafrikanischen Fragen. Im Gespräch wird es auch darum gehen, die große Last anzuerkennen, die Äthiopien übernommen hat; denn das Land beherbergt fast 750 000 Flüchtlinge aus Südsudan, Sudan, Eritrea und Somalia.

Thema wird natürlich auch die innenpolitische Lage, werden die aktuellen Unruhen in einigen wichtigen Provinzen des Landes sein, wo es ethnisch-religiös bedingte Aufstände bzw. Demonstrationen gegen die Regionalregierungen gegeben hat. Diese Situation und die Ursachen dafür wird die Kanzlerin dort also ebenfalls besprechen. Nach dem Gespräch mit dem Premierminister wird sich die Bundeskanzlerin mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen und Oppositionsparteien treffen.

Dann folgt, wie ich zu Beginn sagte, der Hauptpunkt, der Hauptanlass, nämlich die Eröffnung des Gebäudes der Afrikanischen Union. Die Bundeskanzlerin wird von der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Frau Dlamini-Zuma, empfangen. Zunächst wird ein Gespräch mit Frau Zuma stattfinden, in dem über die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Afrikanischen Union und darüber, was die AU in den letzten Jahren geleistet hat und was sie noch leisten sollte, gesprochen wird. Frau Zuma war hier auch schon zu Besuch, und die Kanzlerin hat sich schon mehrfach mit ihr getroffen. Die AU versucht, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen, und es geht auch darum, dass man die AU stärkt. Es gibt jetzt einen Beschluss, dass die Afrikanische Union zu einem gewissen Prozentsatz durch die Mitgliedstaaten direkt finanziert wird. Das ist also mühsam, aber die Afrikanische Union wird als panafrikanische Organisation stärker.

Die Kanzlerin wird dann mit Frau Zuma und dem Kommissar für Frieden und Sicherheit, Herrn Chergui, zum Gebäude für Frieden und Sicherheit gehen und dieses offiziell eröffnen. Dazu gehören das Durchschneiden eines Bandes und die Enthüllung einer Gedenkplakette. Anschließend wird sie im Rahmen der Eröffnungszeremonie eine Rede vor den AU-Vertretern im Plenarsaal der Gruppe für Frieden und Sicherheit halten.

Vielleicht noch ein Wort zum Gebäude: Dieses Gebäude ist infolge des deutschen G8-Vorsitzes 2007 von Deutschland finanziert worden, und es hat 30 Millionen gekostet. Das wurde von der GIZ ausgeführt. Das Gebäude umfasst ein Lage- und Operationszentrum und einen Sitzungssaal; es kombiniert lokales Bauhandwerk mit deutscher Gebäudetechnologie.

Als letztes noch: Die deutsche Unterstützung der Afrikanischen Union belief sich in den letzten zehn Jahren auf 500 Millionen, die aus dem Haushalt des BMZ und des AA gekommen sind. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf Fragen wie Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche Integration, Landwirtschaft, Infrastruktur, Energie, Handel, gute Regierungsführung, Perspektiven für Afrikas Jugend durch Bildung und Ausbildung und Klimawandel.

So viel als kurzer Überblick über die Themen. Herr Seibert und ich stehen jetzt natürlich für Ihre Fragen zur Verfügung.

FRAGE DR. RINKE: Herr Heusgen, Sie hatten erwähnt, dass sich Deutschland mit der EU, Frankreich und Italien abstimmt. Muss man diese Reise auch im Konzert von Reisen von Hollande und Renzi sehen, die vielleicht auch geplant sind? Wie genau sieht die Arbeitsverteilung zwischen diesen drei Staaten in den Migrationspartnerschaften mit Mali und Niger aus?

Zweitens. Die Kanzlerin hat gestern ja auch die deutschen Unternehmen aufgerufen, sich in Afrika stärker zu engagieren. Gibt es eigentlich auch eine Begleitdelegation, die unter anderem Wirtschaftsvertreter umfasst?

MD DR. HEUSGEN: Zu Ihrer ersten Frage: Wir befinden uns, was Afrika anbelangt, in einem gewissen Umbruch, und zwar insofern, als Afrika in der Vergangenheit im Wesentlichen in zwei Teile gespalten war - das eine war das anglophone, das andere war das frankophone Afrika. Die entsprechenden Kolonialmächte haben das in gewissem Sinne noch bis heute als „chasse gardée“ gesehen. Es ist auch so, dass es in Mali und auch Niger nach wie vor massive französische Interessen, aber auch massive französische Militärpräsenz gibt. Es ist nur so, dass in den letzten Jahren die Herausforderungen solche Dimensionen angenommen haben, dass auch Frankreich von dieser Exklusivität abgegangen ist und von sich aus auch einlädt und sagt: „Die Europäische Union und andere Staaten sollen und können sich dort mehr engagieren; wir schaffen das alleine nicht, aber wir wollen das zusammen machen.“

So hat es in der jüngeren Vergangenheit eben auch unter Beteiligung des Kanzleramtes eine enge Abstimmung mit Frankreich, aber auch mit Italien gegeben. Italien ist natürlich sehr viel mehr bei Libyen im Geschäft ist und kennt sich dort sehr viel besser aus, aber es hat eben auch ein massives Interesse an einer Zusammenarbeit insbesondere mit Niger; denn zwei Drittel der Flüchtlinge, die in

Libyen über das Meer kommen, gehen vorher durch Niger und kommen dann in Italien an. Insofern hat natürlich auch Italien ein großes Interesse daran, dass an dieses Problem herangegangen wird.

Es geht also um eine Arbeitsteilung und eine enge Abstimmung zwischen denen, und jeder guckt, wo er etwas mehr von seinen Fähigkeiten einbringen kann. Das ist eine Art Versuchsmodell, denn das haben wir in der Vergangenheit nicht so gemacht, und wir müssen jetzt einmal sehen, wie sich das ausgeht. Je mehr Besuche dort dann stattfinden und je enger die Zusammenarbeit dieser drei Länder mit Mali und Niger ist, umso besser.

STS SEIBERT: Ich will nur hinzufügen, Herr Rinke: Die Kanzlerin hat ja heute Morgen schon eine Rede beim Tag der Deutschen Industrie beim BDI gehalten. In dieser Rede hat sie diesen Gedanken auch noch einmal aufgenommen und hat auch klar gesagt, dass es natürlich eine staatliche Verantwortung gibt, in Afrika mit dazu beizutragen, dass menschenwürdige Verhältnisse herrschen, dass aber letztlich nur durch privatwirtschaftliche Investitionen so etwas wie Prosperität zu erreichen ist. Insofern hat sie das, was sie gestern, glaube ich, hat anklingen lassen, heute beim BDI noch einmal aufgenommen.

ZUSATZFRAGE DR. RINKE: Deswegen ja meine zweite Frage: Reisen Unternehmer mit?

MD DR. HEUSGEN: Die wollte ich gerade beantworten. - Es ist so, dass wir geprüft hatten, ob eine Wirtschaftsdelegation mitgehen könnte, aber es ist einfach aus logistischen Gründen nicht möglich. Die Termine sind relativ eng getaktet und es gibt gewisse Sicherheitsvorkehrungen; deswegen kann auf dieser Reise leider keine Wirtschaftsdelegation mitgenommen werden. Wie gesagt reist aber Frau Gönner, die Vorstandssprecherin der GIZ, mit, und die GIZ ist ja bei vielen Entwicklungsprojekten dabei bzw. ist die Durchführungsorganisation solcher Projekte.

FRAGE FRIED: Herr Heusgen, Sie sagten gerade, dass Äthiopien 750 000 Flüchtlinge beherberge. Haben Sie vergleichbare Zahlen für Niger?

Zweitens eine etwas allgemeinere Frage: Es gibt ja das Abkommen von Valletta zwischen der EU und den afrikanischen Staaten, und Teil dieses Abkommens ist ein Aktionsplan für Maßnahmen, die bis Ende dieses Jahres umgesetzt werden sollen. Können Sie da eine Art Zwischenbilanz ziehen? Wird man dem gerecht, oder wo liegen da noch die Schwierigkeiten?

MD DR. HEUSGEN: Zur ersten Frage: Aus Niger selbst kommen nur ganz wenige Flüchtlinge; die Bevölkerung Nigers - das klingt jetzt etwas komisch - ist letztlich zu arm, um zu fliehen. Wenn Sie schauen, was für Flüchtlinge kommen, dann sehen Sie, dass das diejenigen sind, die das Geld für Schlepper aufbringen können usw. In Niger können die Menschen das nicht, deswegen kommen aus Niger selbst nur ganz wenige Flüchtlinge. Niger ist aber durchaus ein Transitland für Flüchtlinge. Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit war ja auch in Agadez - -

STS SEIBERT: IOM sagt: 150 000 Menschen passieren jährlich die Stadt Agadez - nicht alle von denen, aber doch sehr viele von denen auf dem Weg zur nordafrikanischen Mittelmeerküste, in der Hoffnung auf Einschiffung.

ZUSATZFRAGE FRIED: 150 000?

STS SEIBERT: Laut IOM 150 000, die jährlich durch Agadez kommen - was Niger zum wichtigsten Knotenpunkt der Ströme zwischen West- und Zentralafrika und der nordafrikanischen Küste macht.

Auch Mali ist aus unserer deutschen Sicht eher ein Transitland, denn bei uns kommen auch relativ wenige Malier an. Für die Franzosen beispielsweise stellt sich das schon anders dar; da ist Mali durchaus auch Herkunftsland.

MD DR. HEUSGEN: Zu Ihrer zweiten Frage: Da habe ich jetzt keine konkreten Zahlen. Es ist aber in der Tat so, dass das alles - wie bei vielen EU-Projekten - sehr langsam geht. Das liegt auch an den Mitgliedstaaten, die hohe Anforderungen an EU-Projekte im Hinblick auf Feasibility Studies, Ausschreibungen und Durchführungsüberwachung haben. Eines der Kritiken, die auch aus Afrika nach dem Valletta-Gipfel kam, ist, dass von den zugesagten Mitteln bisher nicht genügend angekommen ist. Wie viel das jetzt konkret ist, habe ich nicht präsent; wenn Sie mitreisen, kann ich Ihnen das aber auf der Reise sagen.

ZUSATZFRAGE FRIED: Als der nigrische Präsident hier in Berlin war, hat er diesen Punkt mit den finanziellen Mitteln ja schon direkt bei der Bundeskanzlerin angesprochen. Kennen Sie da Zahlen? Hat sich auf Betreiben der Bundeskanzlerin möglicherweise in den letzten Monaten etwas verändert?

MD DR. HEUSGEN: Nicht nur auf dieses Land bezogen, sondern grundsätzlich ist es so, dass die Bundeskanzlerin bzw. die Bundesregierung in Brüssel - auch bei der Kommission - immer wieder mahnt - das Gleiche gilt ja auch für das EU-Türkei-Abkommen -, dass sich die zugesagten Mittel jetzt in konkreten Projekte manifestieren müssen. Das hat die Kanzlerin bzw. die Bundesregierung also nicht nur für dieses Land, sondern insgesamt gesagt.

Was darüber hinaus aber noch konkrete deutsche Hilfe anbelangt, so war ja der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit dort. Wir führen dort eine Reihe von konkreten Projekten durch, auch mit dem Ziel, sie dann auch schnell umzusetzen. Das gilt im Übrigen sowohl für den Bereich des BMVg - Thema Ertüchtigung - als auch, wie gesagt, für den Bereich des BMZ und des AA; da schaut man also, dass die Projekte so schnell wie möglich greifen können.

STS SEIBERT: Es gibt ja auch den Beschluss des Europäischen Rates - ich glaube, das war der Rat im Juni dieses Jahres -, diese Migrationspartnerschaften mit fünf konkreten Staaten voranzutreiben. Darin liegt ja sozusagen schon der Wunsch, einzelne herauszunehmen und denen besondere Priorität zu geben. Die drei Länder, die besucht werden, sind alle auf dieser Fünferliste.

FRAGE ZIEDLER: Noch eine Frage zu den Privatinvestitionen: Wenn ich mich recht erinnere, war das auch Thema beim G7-Gipfel. Können Sie uns vielleicht sagen, was diesbezüglich jenseits der direkten Bitte an die Unternehmen, mehr zu investieren, möglicherweise in der Pipeline ist?

Meine zweite Frage bezieht sich ganz konkret auf die Einschätzung der zukünftigen Migrationsströme aus Afrika - die Kanzlerin hat dieses Thema heute Morgen ja auch angesprochen -: Kann man sagen, dass die Bundesregierung in Afrika langfristig - ich sage es einmal etwas despektierlich - das größte Migrationsrisiko für Europa sieht?

MD DR. HEUSGEN: Was wirtschaftliche Investitionen anbelangt: Die eine Sache ist - das gilt vor allen Dingen für Mali und für Niger -, dass man dort letztlich nur über Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Arbeitsplätze schaffen kann. Angesichts der Kennzahlen, die ein Land wie Niger hat, muss man sagen: Da bekommen Sie kaum Unternehmen, die dort investieren. In Niger gibt es einen großen Industriebereich oder Rohstoffbereich, und das ist der Bereich der Uranförderung. Es gibt dort ein großes Uranbergwerk, das Uran in erster Linie nach Frankreich liefert. Das ist, glaube ich, mit die größte Einnahmequelle dort. Der Bereich des Tourismus ist weggefallen - Agadez war früher ein beliebtes Ziel für Abenteuer Touristen oder Touristen ganz allgemein; das ist weggefallen.

Wenn wir jetzt sagen, dass wir Flüchtlingsströme unterbinden wollen, dann muss man allerdings auch wissen, dass die von Herrn Seibert genannten 150 000 Flüchtlinge solche sind, die zum größten Prozentsatz geschleust werden. Die Schleuser sind also ein Wirtschaftsfaktor, auch in Agadez. Wenn man jetzt dazu käme, dass das von heute auf morgen gestoppt würde, dann würde das also wirtschaftliche Folgen haben. Insofern ist die Situation nicht so einfach, wie man sich das denkt. Deswegen gibt es auch ein Treffen mit der Internationalen Organisation für Migration, die dort vor Ort ist. Diese Organisation ist ja eine sehr leistungsstarke Organisation, die dann auch schaut: Wie kann man die Leute aufhalten, dort halten, und wie kann man sie - zum Beispiel auch mit Ausbildungsmitteln - dazu bringen, dass sie wieder zurückgehen? Eine ganz harte Bremse kann man da also nicht einführen.

Wenn Sie schauen, wo das wirtschaftliche Engagement in Afrika stattfindet, dann sehen Sie, dass das auf einige Länder konzentriert ist, die aufgrund von Rohstoffen interessant sind oder die aufgrund einer gewissen wirtschaftlichen Entwicklung interessant sind. Das sind eben Länder wie Nigeria, wie Südafrika, wie einige Länder in Nordafrika oder wie die Maghreb-Staaten. Es muss dann aber eben eine Basis geben. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Themen Infrastruktur und Rechtssicherheit, und in diesem Zusammenhang auch gute Regierungsführung. Man kann nicht einfach Unternehmen sagen: Jetzt investiert dort einmal. Es gibt viele Unternehmen, die das machen und die sich dort engagieren; aber von den Dimensionen her ist das nicht so, dass man - und damit komme ich zu Ihrer zweiten Frage - jetzt davon ausgeht, dass wir dort über kurze Frist genügend Arbeitsplätze schaffen können, um alle Jugendlichen - ich habe es eben gesagt: das Durchschnittsalter in Niger liegt bei etwa 15 Jahren - in Arbeit zu bringen. Das ist also eine riesige Herausforderung.

Ich kann jetzt also nicht sagen, dass wir da die größten Migrationsströme erwarten, aber es ist so, dass das Potenzial da ist. Die Bundeskanzlerin weist ja auch immer auf die Tschadsee-Region hin, in der Terrorismus - Stichwort Boko Haram - und Klimaprobleme - Austrocknen des Tschadsees - zusammenkommen. In dieser Region leben bis zu 30 Millionen Menschen, und wenn dort mehrere Sachen zusammenfallen, dann besteht eben durchaus auch die Gefahr von Migrationsströmen.

Ich möchte aber auch noch einmal sagen, dass von den Migrationsströmen in Afrika ja nur ein Bruchteil nach Europa strebt. Vieles davon ist ja binnenafrikanische Migration, mit den entsprechenden Folgen für die jeweils aufnehmenden Staaten, die ja oft auch nicht die wirtschaftsstärksten sind.

STS SEIBERT: Vielleicht kann ich Sie zu der Frage der Einschätzung von Afrika auch noch auf das Interview verweisen, das die Bundeskanzlerin der „ZEIT“ in dieser Woche gegeben hat. Ich glaube, darin spricht sie sehr ausführlich von Afrika und nimmt die ganze Einschätzung vor. Daraus wird, denke ich, klar: Bei allen Fortschritten in Afrika - die wir, glaube ich, von Europa aus auch nicht übersehen sollten - gibt es drei Faktoren: Erstens ist das ein Kontinent, der immer noch mit enormen Entwicklungsschwierigkeiten und mit immer wieder aufflammenden Konflikten kämpft, zweitens ist das ein Kontinent mit einer sehr jungen Demografie, und drittens ist das ein Kontinent, den die Digitalisierung - zumindest die „Handyfizierung“ - schon sehr weitgehend erfasst hat. Dort kann also fast jeder an fast jedem Ort doch auch einen Blick nach Berlin, nach London, nach Paris und sonst wohin werfen. Das führt natürlich dazu, dass so viele Menschen unterwegs sind. Das bringt für uns die Verantwortung mit sich, diesem Nachbarn - denn das ist ein Nachbar der Europäischen Union und damit unser Nachbar - auch mit einer neuen Zuwendung, würde ich sagen, gegenüberzutreten.

FRAGE LEITHÄUSER: Wird auch das Stichwort Eritrea in dem bilateralen Teil der Gespräche der Bundeskanzlerin mit dem äthiopischen Ministerpräsidenten angesprochen werden? Gibt es irgendwelche Hoffnungen, dass die Äthiopier auf Eritrea einwirken können - zumindest indirekt -, was die Flüchtlinge angeht?

Zweitens. Können Sie uns vielleicht eine kurze Einschätzung geben, wie die Bundeskanzlerin momentan die Lage dort beurteilt?

MD DR. HEUSGEN: Wir können natürlich nicht vorhersehen, welche Themen angesprochen werden. Aber der Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea ist einer, den Sie kennen und der schon über Jahre andauert. Es gibt eine grundsätzliche Einigung. Die kriegerische Auseinandersetzung ist also zum Stillstand gekommen, was nicht heißt, dass es dort nicht immer einmal wieder Zwischenfälle gibt. Es gab auch in diesem Jahr einen bewaffneten Zwischenfall zwischen Äthiopien und Eritrea. Die eritreischen Streitkräfte sind allerdings nicht in der Lage, dass sie die äthiopischen gefährden könnten. Deswegen ist nicht damit zu rechnen, dass es zu einer größeren bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Eritrea und Äthiopien kommen wird.

Gleichzeitig ist es aber so, dass Äthiopien sehr viele Menschen beherbergt, die aus Eritrea geflüchtet sind, aus einem Land, das wirtschaftlich in einem schrecklichen Zustand ist. Diese Flüchtlinge in Eritrea und Äthiopien machen eigentlich keine großen Mühen, weil ethnisch gesehen Äthiopier und Eritreer verwandt und die Stämme ähnlich sind. Was die Integration angeht, ist das also kein Problem. Aber davon auszugehen, dass es demnächst eine politische Einigung gibt, wäre zu optimistisch.

Was Eritrea selbst anbelangt, so gibt es Bemühungen der Eritreer, sich etwas zu öffnen. Dr. Gerd Müller, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, war in Eritrea und hat sich mit dem Präsidenten getroffen. Der Präsidentenberater war einmal in Berlin und hat sich auch mit ihm getroffen. Es kommen immer wieder Äußerungen wie: Ja, wir wollen das ändern. - Sie wissen, dass

es in diesem Land so ist, dass die Menschen den Streitkräften beitreten müssen. Aber wenn sie dort einmal anfangen, werden sie nicht mehr entlassen, sondern bleiben ewig dabei. Das wird dann so dargestellt, dass das ein Beschäftigungsprogramm ist, was es aber so nicht ist. Man sagt: Ja, wir wollen aus dieser Situation herauskommen, helft uns doch. - Es gibt jetzt einige Projekte in den Bereichen Berufsbildung, aber die wirtschaftliche Situation in dem Land ist nach wie vor katastrophal. Es gibt eine große Anzahl von Menschen, die aus Eritrea flüchten.

Es gibt, wie gesagt, jetzt einige Bemühungen in dieser Hinsicht. Auch die EU hat sich mit Eritrea eingelassen und versucht, die Situation zu stabilisieren. Der Präsident ist zum Beispiel zum Gipfel in Malta im letzten Jahr nicht gekommen. Er hält sich immer sehr im Abseits. Unterm Strich also: Die Situation ist immer noch schlecht. Es gibt einen kleinen Hoffnungsschimmer.

FRAGE RIEDEL: Wie sehen diese Migrationsabkommen genau aus? Was müssen die Regierungen zusagen, und wer kontrolliert die Einhaltung? Wie will man verhindern, dass möglicherweise Geld, das von Deutschland oder anderen EU-Staaten aus fließt, nicht wieder in irgendwelche eher korrupte Kanäle gelangt, weil das in diesen Ländern doch leider sehr üblich ist?

Die zweite Frage bezieht auf Ihren Optimismus in der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union. Diese Organisation hat bisher sehr wenig dazu beigetragen, dass Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent eingehegt werden können. Sie ist, glaube ich, in Afrika sehr dafür bekannt, dass gerade sie gerne schöne Treffen mit schönen blumigen Erklärungen abhält, was man alles zu tun gedenkt und in der Umsetzung geschieht dann meistens gar nichts. Welche Möglichkeiten hat überhaupt eine deutsche Regierung, dafür zu sorgen, dass das ein bisschen anders läuft?

MD DR. HEUSGEN: Die Migrationspartnerschaft müssen Sie sich nicht so vorstellen, dass es einen Vertrag gibt, der von allen unterschrieben wird. Migrationspartnerschaft ist eher der Sammelbegriff für konzentrierte Aufgaben und Projekte, die von den Teilnehmern unternommen werden. Die Erfahrungen mit Afrika, die Sie geschildert haben, sind so, dass man alles tun wird, um zu verhindern, dass diese Mittel in die falschen Kanäle kommen.

Was Niger und Präsident Issoufou anbelangt, habe ich eben gesagt, in welchem Entwicklungsstand das Land sich befindet. Was den Präsidenten und auch das System selbst anbelangt, gehört es nicht zu den Ländern in Afrika, die sich durch besonders große Korruption auszeichnen, sondern man ist schon bemüht, was einen interethnischen Ausgleich in der Regierung angeht. Es gibt einen Tuareg als Premierminister, bei dem man das Gefühl hat, dass er jemand ist, dem es wirklich darum geht, dass es dem Land besser geht. Die Gefahren in Niger sind jedenfalls nicht so ausgeprägt, wie das in anderen Staaten der Fall ist.

Bei den Projekten geht es zum Beispiel um die Unterstützung der Streitkräfte. Es werden keine Gelder zur Verfügung gestellt, sondern Lkw oder Ähnliches, also konkrete Dinge, die nichts mit Geldströmen zu tun haben.

Was die Afrikanische Union angeht, habe ich mich, glaube ich, nicht so undifferenziert optimistisch geäußert, sondern habe das schon etwas differenziert dargestellt. Wenn ich das nicht gemacht habe, dann mache ich das jetzt. Ich sehe das natürlich genauso

wie Sie. Die Afrikanische Union ist sehr selbstbewusst. Aber die Ansprüche, die man an sie stellt, erfüllt sie nicht immer, um es einmal milde zu sagen. Trotzdem hat auch die Afrikanische Union schon als Katalysator für regionale Zusammenschlüsse gedient, die in der AU besprochen werden oder unter dem Dach der AU stattfinden, die dann doch etwas effektiver sind.

Es ist so, dass die Afrikanische Union den Ansprüchen, die man an sie stellt, bisher nicht so gerecht geworden ist. Aber sagen Sie mir eine bessere Alternative. Wir müssen sie unterstützen; wir müssen dafür sorgen, dass die Afrikaner die Probleme auf ihrem Kontinent - den Anspruch haben sie auch - selbst lösen. Wir sind diesbezüglich aber noch nicht da angekommen, wo wir ankommen wollen.

FRAGE: Herr Heusgen, Sie haben gerade ein Projekt genannt, nämlich die Lastwagen. Sie sagten eben, dass die Ressorts noch weitere Vorhaben in Planung haben. Können Sie noch ein paar Dinge gerade in Bezug auf die Länder Mali und Niger sagen, die konkret geplant sind, wie man diese Migrationspartnerschaft mit Leben füllen kann?

MD DR. HEUSGEN: Das sind sehr viele Dinge in den Bereichen Berufsbildung, Ausbildung und Infrastruktur. Die Informationen zu den konkreten Projekten liegen mir gerade nicht vor. Wenn Sie das genauer interessiert, werde ich das gerne nachreichen.

FRAGE ULRICH: Was Mali und Niger angeht, hat der Botschafter Nigers in einer Rede, die er am 3. Oktober gehalten hat, davon gesprochen, dass in dem Raum eine Militärbasis ausgebaut werden soll. Es gab Überlegungen, die mir in dieser Deutlichkeit aber so noch nicht bewusst waren. Vielleicht können Sie ausführen, was bezüglich des militärischen Engagements bei dieser Reise - vielleicht sogar von Frau Merkel verkündet - passieren soll.

MD DR. HEUSGEN: Ich hatte das eben, glaube ich, kurz angedeutet. Es ist so, dass der Flughafen von Niamey für die Versorgung und die logistische Unterstützung der Mission MINUSMA genutzt wird. Dort stehen zwei Transall, und es sind 40 Soldaten im Rahmen dieser Mission - die Höchstgrenze beträgt 200 Soldaten laut Stationierungskonzept - stationiert. In dem Zusammenhang wird der Flughafen Niamey ausgebaut.

Es ist so, dass darüber hinaus Frankreich 500 Elitesoldaten in Mali stationiert hat - Stichwort ehemaliges französisches Kolonialreich -, die von dort nach wie vor für die Sicherheit mitverantwortlich sind, was die nigrische Armee so nicht könnte. Ich weiß nicht, ob es zusätzlich größere Ausbauten gibt.

ZUSATZFRAGE ULRICH: Die Zahl von 40 Soldaten, die jetzt schon da sind, wird auch nicht aufgestockt, oder soll das während dieses Besuchs passieren?

MD DR. HEUSGEN: Wir haben das Mandat für die Mission MINUSMA. Deutschland hat bezüglich MINUSMA von den Niederländern die Führung übernommen. Die Mandatsobergrenze beträgt, glaube ich, 600 und wir liegen knapp darunter. Das ist der Stand, und jedenfalls Stand heute ist keine Erweiterung geplant.

FRAGE: Nur zum Verständnis: Es wird im Zusammenhang mit einer besseren Steuerung der Migrationsströme oft das EU-Türkei-Abkommen als Modell, als Vorbild

genannt, durchaus auch für zumindest nordafrikanische Staaten wie Ägypten. Ist das auch auf Niger und Mali anwendbar oder ist das tatsächlich für Küstenanrainerländer gedacht und anwendbar?

Zweitens. Der Kollege fragte schon nach dem EU-Afrika-Gipfel auf Malta. Dort ist dieser EU-Treuhandfonds für Afrika ins Leben gerufen worden, bei dem es ergänzende Zahlungen von Mitgliedstaaten geben soll. Ich habe im Juni eine Zahl gefunden, nämlich ungefähr 3 Millionen Euro von Deutschland. Ist das noch der aktuelle Stand?

MD DR. HEUSGEN: Zur ersten Frage: Das EU-Türkei-Abkommen ist ein ganz spezifisches Abkommen und kann telquel nicht übertragen werden. Aber die verschiedenen Elemente, die darin enthalten sind, können sich in den Abkommen mit anderen Staaten wiederfinden. Was sind die Elemente? Das ist zum einen die Tatsache, dass wir mit Projekten vor Ort bei der Aufnahme von Flüchtlingen helfen. Wir helfen bei der Bekämpfung von Schleusung. Ein Schlüsselement des EU-Türkei-Abkommens ist auch die Rückführung von Flüchtlingen, was zwischen Griechenland und der Türkei suboptimal läuft. Was solche Fragen angeht, muss man sehen, ob das für die Staaten Niger und Mali relevant ist.

Ich glaube, dass das insofern nicht so ist, als es sich nicht um Flüchtlinge handelt, die aus diesen beiden Ländern kommen, weil sie, wie gesagt, nur minimale Flüchtlingszahlen haben, sondern da würde dieses Element sehr viel weniger eine Rolle spielen. Ich glaube auch, dass man von Niger nicht verlangt, dass man Leute, die in Niger aus anderen Staaten ankommen und bei uns landen, nach Niger zurückführt. Das sehe ich nicht. Das wird man Niger überlassen. Von daher gibt es andere Elemente.

Das EU-Türkei-Abkommen ist, wie gesagt, als ein Abkommen, wo verschiedene Interessen miteinander abgewogen werden, etwas, was bei den Partnerschaften durchaus eine Rolle spielen wird.

Was den Treuhandfonds anbelangt, so ist dieser Treuhandfonds nur ein Element. Es ist so, dass wir in erster Linie davon ausgegangen sind, dass die EU mit ihren Mitteln für die EU-Projekte zuständig ist und wir das bilateral mit unseren Instrumenten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die ja auch sehr ausgeprägt und gut sind - die GIZ hat einen hervorragenden Ruf - machen. Dieser Treuhandfonds ist von der Kommission als etwas Zusätzliches angelegt worden, bezüglich dessen wir sagen, dass wir das unterstützen, aber von dem wir nicht glauben, dass das ein Projekt ist, das die ganze Sache herausreißen wird. Verstehen Sie? Auf der einen Seite sagen wir: Wir sollen EU-Gelder nehmen. Dafür gibt es einen EU-Haushalt, auch sehr viel Erfahrung, und es gibt bilateral einen Fonds, in dem wir nationale Gelder durch die EU verwalten lassen, die wir zusätzlich einzahlen. Das ist nicht richtig systemkonform, aber deswegen kann die Zahl durchaus richtig sein. Sie klingt sehr niedrig. Das ist aus dem Grund, den ich genannt habe, so. Die EU-Mittel sind sehr viel höher. Wir haben auch unsere bilateralen Mittel in der letzten Zeit erhöht, was die genannten Länder anbelangt.

FRAGE ENGEL: Ganz konkret zur Reise: Können Sie schon sagen, welche Mitglieder welcher zivilgesellschaftlichen Organisationen in Addis Abeba dabei sind? Wie hoch

schätzen Sie das Sicherheitsrisiko für diejenigen ein, die an diesen Gesprächen teilnehmen?

Sie haben eine Pressekonferenz in Bamako erwähnt. Aus planungstechnischen Gründen: Sind mehrere Pressebegegnungen in den nächsten Tagen geplant?

MD DR. HEUSGEN: Sie haben schon den Grund für meine Schmallippigkeit genannt, was das Treffen mit der Organisation anbelangt. Ich kann Ihnen bewusst nicht mehr sagen als das, was ich Ihnen gesagt habe, weil wir das gerade wegen des Schutzes der Personen so vertraulich halten. Sie kennen das vielleicht von Reisen der Kanzlerin in andere Länder.

Was die Pressekonferenzen anbelangt, so habe ich das in Bezug auf Mali schon erwähnt. In Niamey wird die Pressekonferenz nach dem gemeinsamen Mittagessen mit dem Präsidenten stattfinden. Was Äthiopien angeht, steht in meinem Programm nicht, dass mit dem Premierminister eine Pressekonferenz stattfindet. Ich kann nicht sagen, ob es tatsächlich so ist, dass keine Pressekonferenz stattfindet. Das reichen wir nach. Auf jeden Fall wird die Rede der Bundeskanzlerin bei der Afrikanischen Union öffentlich sein.

FRAGE DR. RINKE: Ich hätte gerne nach China gefragt. China war in den letzten Jahren wegen seiner Rolle in Afrika immer kritisch beäugt worden. Herr Müller hat heute von einem drohenden Neokolonialismus auch mit Blick auf China gesprochen. Sehen Sie es eigentlich genauso kritisch, dass die Versuche, die westliche Staaten unternehmen, Regierungen zu mehr Rechtsstaatlichkeit anzuhalten, durch China und deren Art von Investitionsoffensiven in Afrika unterlaufen werden?

MD DR. HEUSGEN: Es ist richtig, dass China sich in den letzten Jahren immer mehr in Afrika - aber nicht nur in Afrika - engagiert hat. Es ist oft so, dass die Chinesen bei großen Infrastrukturprojekten schneller sind und die besseren Konditionen als andere Länder haben. Gleichzeitig sehen Sie aber auch in vielen Ländern, dass sie sich zwar durchaus über diese Projekte freuen, aber gleichzeitig wird doch wieder einmal kritisiert, dass die Chinesen, wenn sie diese Projekte verwirklichen, Leute aus China mitnehmen statt Einheimische zu beschäftigen. In einigen Ländern wird befürchtet, dass eine zu starke Bindung an China auch im Land selbst zu einer Veränderung von politischen Strukturen führen und zu Abhängigkeiten führen kann. Von daher ist es nicht so, dass China links und rechts auf dem Vormarsch ist und immer stärker wird, aber in einigen Ländern machen die Chinesen Infrastrukturprojekte, die wir so schnell und so nicht hinkommen können. Die Frage ist bei einigen Projekten, ob sie genauso solide gebaut sind wie deutsche Projekte. Aber das lassen wir einmal dahingestellt sein.

Wir sehen das natürlich. Sie werden sich erinnern, dass die Bundeskanzlerin auf der letzten China-Reise auch öffentlich gesagt hat, dass wir versuchen - wir sind auch offen, so etwas in Afrika zu versuchen -, mit den Chinesen gemeinsam Projekte zu machen. Das ist ein Ziel, das wir in Afghanistan grundsätzlich vereinbart haben. Das ist etwas, bei dem wir uns durchaus vorstellen können, dass wir das auch einmal in Afrika machen, um ein bisschen die Kriterien, die für uns wichtig sind, auch in die chinesischen Projekte einfließen zu lassen. Ob das funktioniert, lassen wir einmal dahingestellt. Es ist ein Faktum, dass China mit der größeren Wirtschaftsmacht, mit

der Sorge um die Sicherung von Rohstoffzufuhren, von Häfen in den letzten Jahren sehr viel aktiver geworden ist.

FRAGE QUADABECK: Ich würde gerne wissen, inwiefern das EU-Türkei-Abkommen und die geplanten weiteren Abkommen mit nordafrikanischen Staaten möglicherweise die Preise für Migrationsabkommen mit anderen afrikanischen Ländern treiben, dass die Staatsführer sagen: Die nordafrikanischen Länder bekommen so viel Geld, um die Flüchtlinge bei sich zu halten. Wir brauchen einfach auch mehr Mittel, damit wir die Flüchtlinge nicht nach Europa durchlassen.

Die zweite Frage zum Thema Wirtschaftsinvestitionen in Afrika. Ich würde gerne wissen, inwieweit möglicherweise auch Bürgschaften oder größere Programme geplant sind, dass die Firmen, die bereit sind, dort zu investieren, ihr Risiko etwas verkleinern können.

MD DR. HEUSGEN: Dieses Phänomen des Steigens der Preise habe ich noch nicht gesehen. Man muss auch dazu sagen: Wir befinden uns eigentlich noch am Anfang dieser Partnerschaften. Es gibt eine mit der Türkei, wo das Preisschild relativ klar ist. Gleichzeitig geht es bei der Türkei um eine Situation, die eine ganz besondere ist. Man wird sehen müssen, wie sich das entwickelt. Ich glaube, jedes Land hat individuell unterschiedliche Herausforderungen, Situationen, und man wird individuell darauf eingehen wollen.

Was die Investitionen anbelangt, so ist es so, dass wir schon seit Jahrzehnten die entsprechenden Instrumente haben. Es gibt die berühmten Hermes-Ausfallkredite, die Bürgschaften, die Unternehmen in unsicheren Ländern ein Engagement erleichtern. Es wird allerdings in der Tat in der Bundesregierung auch diskutiert, inwieweit man darüber hinaus noch weitere Instrumente schaffen muss, ob es insbesondere bei Projekten, die eine Dimension haben, die von Hermes oder Ähnliches nicht mehr abgedeckt werden kann, vielleicht noch andere Instrumente geben kann. Aber grundsätzlich gibt es das Instrumentarium, das Unternehmen einen Einstieg in Afrika auch erlaubt. Ich glaube, das ist nicht unbedingt das Hindernis. Es ist wichtig, dass es das gibt. Aber ein Unternehmer geht dann in ein Land, wenn er das Gefühl hat, dass das einigermaßen sicher ist, wenn er die entsprechenden Bedingungen vorfindet, wenn er die Arbeitskräfte hat und einen Rechtsstaat vorfindet. Das sind die Bedingungen, die in erster Linie für ihn wichtig sind. Das ist in vielen Ländern eben so nicht gegeben.

FRAGE: Herr Heusgen, Sie haben von dem Unterschied zwischen den ehemaligen französischen und ehemaligen britischen Kolonien gesprochen. Wie läuft die Zusammenarbeit mit weiteren EU-Ländern in diesen ehemaligen britischen Kolonien? Könnte diese Zusammenarbeit künftig wegen des „Brexit“ ein bisschen schwieriger werden?

MD DR. HEUSGEN: Dass wir es gerade mit Ländern zu tun haben, die aus dem französischen Kolonialerbe stammen, hängt damit zusammen, dass das die Länder sind, aus denen derzeit die meisten Flüchtlinge kommen bzw. die entsprechende Transitländer sind. Wenn es sich um Länder handelt, bei denen Großbritannien das maßgebliche Land in Europa ist, sehe ich nicht, warum es bei diesen Projekten - ich habe ja eben gesagt, dass das ganz konkrete Einzelzugänge sind -, was eine Partnerschaft mit Großbritannien anbelangt, schlechter laufen sollte. Im Gegenteil.

Unsere britischen Freunde sind immer sehr pragmatisch. Ich könnte mir vorstellen, dass das im gegebenen Fall sehr gut laufen würde.

Etwas anderes ist es natürlich im Rahmen von EU-Projekten. Wenn Großbritannien nicht mehr Mitglied der EU ist, wird Großbritannien bei EU-Projekten nicht mehr dabei sein. Aber was die bilaterale Zusammenarbeit anbelangt, kann ich mir vorstellen, dass das mit Großbritannien sehr gut laufen könnte.

FRAGE SCHAUSTEN: Herr Heusgen, Sie hatten berichtet, dass das die achte Reise der Bundeskanzlerin ist. Ich wüsste gerne, wann die letzte war. Wie lange war sie nicht in Afrika?

Dann hatten Sie geschildert, dass die Afrika-Politik in einem gewissen Umbruch sei. Ist diese Reise plus die Termine, die nächste Woche daran hängen, auch als ein gewisser Auftakt zu einer veränderten Afrika-Politik der deutschen Regierung zu sehen? Hat man möglicherweise auch jetzt unter einem gewissen Druck der Flüchtlingsthematik etwas nachzuholen?

MD DR. HEUSGEN: Ich war gerade in Diskussion mit Herrn Seibert, ob wir als letzte Reise den Aufenthalt auf den Kapverden 2013 als Reise zählen lassen.

ZURUF: Zwei Stunden!

STS SEIBERT: Ja, aber intensiv.

MD DR. HEUSGEN: Deswegen habe ich gesagt, dass wir das mitzählen. Die letzte Reise, bei der die Kanzlerin mehrere Tage in Afrika war, war 2011 in Kenia, Angola und Nigeria.

STS SEIBERT: Juli 2011.

MD DR. HEUSGEN: Eine vergleichsweise große Reise fand 2007 im Rahmen der EU-Präsidentschaft nach Äthiopien, Südafrika und Liberia statt. Es gab also zwei große Reisen und dann zwei Reisen nach Ägypten sowie nach Südafrika und Algerien.

Zum Stichwort veränderte Afrika-Politik: Es hat im Laufe der Regierungen in den letzten zwölf Jahren mehrere Afrika-Konzepte des Auswärtigen Amtes und des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegeben. Man kann nicht sagen, dass Afrika neu entdeckt ist. Im Gegenteil. Seit vielen Jahren wird Afrika als ein junger Kontinent gesehen, der sehr viele Chancen hat, der potentiell wirtschaftlich sehr interessant ist. Afrika ist also schon immer auf der Tagesordnung gewesen. In den letzten zwei Jahren wird durch die Migration natürlich schon ein besonderes Augenmerk auf Afrika gerichtet. Von daher ist dort ein neuer Akzent gesetzt worden. Aber ich kann nicht sagen, dass Afrika neu entdeckt worden ist.

FRAGE DETJEN: Eine Frage zur Menschenrechts- und Bürgerrechtssituation in den Ländern. Wie beurteilen Sie diese, besonders was Äthiopien angeht, wo es gerade in den letzten Wochen und Monaten viel Kritik von Menschenrechtsorganisationen gegeben hat? Welche Rolle wird das bei den Gesprächen spielen?

MD DR. HEUSGEN: Was Niger angeht, habe ich das schon kurz erwähnt. Dort versucht der Präsident - das ist in dem Land nicht so komplex wie in Äthiopien -, die Tuareg mit dem Premierminister mit einzubeziehen. In Mali gibt es das Abkommen, das die Algerier verhandelt haben, mit dem versucht wird, zwischen den verschiedenen Ethnien den Frieden herzustellen. Man muss allerdings dazu sagen: Dieses Abkommen in Mali lässt einige Gruppen außen vor, die entsprechend unzufrieden sind. Da muss es auch noch gelingen, diesen Friedensprozess, der nur sehr mühsam vorangeht, auf diejenigen auszuweiten, die bisher nicht darin eingeschlossen sind. Diesbezüglich wird die Kanzlerin den Präsidenten ermuntern.

In Äthiopien ist die Situation in der Tat so, dass es zwar auf der einen Seite eine Mehrparteienregierung gibt - es gibt einen Parteienblock von vier oder fünf Parteien, die die Regierung bilden -, dieser aber im Parlament nicht nur die Mehrheit hat, sondern es gibt keinen einzigen Oppositionsabgeordneten. Das heißt, in der Regierung sind die verschiedenen ethnischen Gruppen vertreten, sie aber nicht so vertreten, dass es nicht doch in einigen der Provinzen des Landes zu massiven Demonstrationen gekommen ist, die dann auch relativ massiv bekämpft worden sind. Das ist aber jetzt nicht eine Opposition, sondern das sind ethnische, religiöse Gruppen, die sich regional unzufrieden äußern. Meist richtet sich das gegen die Regionalregierungen. Das sind keine Demonstrationen gegen die Zentralregierung, sondern ist eine Unzufriedenheit mit der Situation in einigen Provinzen, auch eine gewisse Radikalisierung. Bei einigen bezieht sich das auf Religion. Man muss dazu sagen, dass Äthiopien ein Land ist, das einerseits christlich geprägt ist, andererseits gibt es aber auch sehr viele Muslime. Das birgt auch einigen Zündstoff.

In Addis Abeba ist es so, wie ich Ihnen sagte. Es gibt diese Vier-Parteien-Koalitionsregierung. Aber die Arbeit aller, die außen vor sind, die in der Opposition sind, wird durch die Regierung nicht gerade unterstützt, um das einmal milde zu sagen. Wir versuchen - das Treffen der Kanzlerin wird in diese Richtung gehen -, sie entsprechend zu ermuntern. Die Kanzlerin wird das auch gegenüber dem Präsidenten sagen. Beim letzten Treffen hat die Kanzlerin auch gesagt: Jetzt lasst doch mehr deutsche politische Stiftungen in das Land und lasst etwas mehr Pluralität zu. Mein Eindruck ist, dass der Präsident glaubt, dass seine Mehr-Parteien-Regierung schon genug ist, was Pluralität angeht. Da ist einiges im Argen. Der Opposition wird die Arbeit sehr schwer gemacht. Sie hat nicht die Möglichkeiten, sich so auszudrücken, ihre Meinung so zu sagen, ihre Position so zu vertreten, wie man das in einem demokratischen Land machen könnte. Es gibt immer wieder Meldungen von Leuten, die willkürlich verhaftet worden sind, in Gefängnissen sind, wo die Bedingungen auch nicht die besten sind. Das Thema Rechtsstaat ist ein Thema, bei dem das Land doch einiges an Defiziten aufweist.

(Ende: 13.07 Uhr)